

Substanzverlust des konservativen Denkens?

Thomas Biebricher sieht den Wandel des deutschen Konservatismus in der Ära Merkel an sein vorläufiges Ende gekommen.

Thomas Biebricher: *Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Berlin: Matthes & Seitz, 2019.

Von Martin G. Maier.

Die AfD und ihre Erfolge unter dem Aspekt des dort sich Ausdruck verschaffenden Konservatismus zu diskutieren, bleibt weiterhin ein Desiderat. Denn nicht nur die herrschende Extremismustheorie führt lediglich dahin, fragwürdige Entwicklungen zum Autoritären und Identitären in der Demokratie mit Hilfe jener Optik identifizieren zu wollen, die diese Tendenzen an die Ränder des politischen Denkens situiert.¹ Erschwerend kommt hinzu, dass der ideengeschichtliche Konservatismus es selbst bevorzugt, sich als tragenden Pfeiler des Narrativs von der ‚guten Mitte‘, der maßvollen Kraft des Ausgleichs und des *Common sense* zu inszenieren.

Es wäre aber falsch, Thomas Biebrichers Werk, der insgesamt eine originelle und gedankenreiche Geschichte des deutschen Parteikonservatismus und der ihn begleitenden *Intellectual History* bis in die jüngste Zeit präsentiert, den Vorwurf zu machen, die jüngste Rechtswende im konservativen Denken deswegen auszuklammern, weil er dessen Selbstbild einfach folgen würde. Denn Biebricher weiß, wie gleich gezeigt

1 Siehe meine Rezension auf *Portal Ideengeschichte* zu Maximilian Fuhrmann: *Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 2019.

wird, um die Gegnerabhängigkeit des konservativen Denkens. Trotzdem enttäuscht der Gang seiner Darstellung, wenn er im letzten Kapitel vor allem der *Öffnung bzw. Liberalisierung der Christdemokratie* (S. 285f.) unter Angela Merkel viele Seiten widmet und aus der ideologischen Konturlosigkeit ihrer Politik den zentralen Befund des Substanzverlusts konservativen Denkens ableitet. Doch der Reihe nach.

In seiner einleitenden Erörterung des Gegenstands weist Biebricher auf die Grundproblematik des bewahrenden Denkens hin, die darin besteht, den eigenen Zeitindex ständig verschieben zu müssen und *heute das als bewährt verteidigen zu müssen, was noch vorgestern als spekulative Bilderstürmerei galt.* (S. 38) Doch führt dies zu schnell zu dem Schluss, den Konservatismus vor allem auf die Funktion festzulegen, gesellschaftlichen Wandel zu gestalten und ihn durch die rückwirkende Erfindung von Traditionen und andere unhintergehbare Bindungen abzufedern. Wählt Biebricher auch zu Recht als Einstiegspunkt für seine Darstellung die konservative Reaktion auf 1968 und rückt damit die in diese Chiffre gebannten Irritationen und vitalisierenden Momente auf den Konservatismus ins Licht, weil dessen Vertretern hier besonders viele *Traditionsbestände gefährdet und vermeintlich gewachsene Gesellschaftsstrukturen in Auflösung begriffen* (S. 42) schienen, so darf dabei nicht ausgeklammert werden, dass vielen Konservativen jedweder Revolutionsversuch vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen mit dem zweifachen Totalitarismus von ‚früher‘ und ‚drüben‘ als bekämpfenswert erschien. Dies relativiert auch keineswegs Biebrichers Schluss, die ‚natürliche Ordnung‘ verstünde sich für das konservative Denken keineswegs aus sich selbst heraus, sondern erst aus den ihr beigebrachten Einbrüchen.

Helmut Kohls später so genannte *geistig-moralische Wende* sieht der Autor vor allem durch die Frontstellung „Leistungsgemeinschaft gegen Wohlstandsgesellschaft“ gekennzeichnet. Die zunehmend ausufernden Ansprüche sollten gebremst und jener innerkapitalistische Widerspruch gelöst oder wenigstens gemäßigt werden, wonach die zunehmende Wirtschaftsleistung mit der Entwöhnung von der sie ermöglichenden Arbeitsdisziplin erkaufte sei. Die christlich-liberale Bundesregierung habe nicht zuletzt durch die konservative Moralisierung der Sparpolitik und des Schuldenmachens eine Bresche geschlagen für die auch unter Rot-Grün fortgeführten neoliberalen Refor-

men. Sie habe diese Transformation gedanklich vorweggenommen und ihre *hegemoniale Stellung* (S. 77) befördert. Interessant sind hier die immer wieder eingestreuten Seitenblicke auf die Vordenker jener Wende wie Günther Rohrmoser, Arnold Gehlen oder Hermann Lübke, die eine Kontextualisierung der befürchteten Ordnungsverluste lieferten und sich dabei ebenfalls stark an der ‚Kulturrevolution‘ von 1968 abarbeiteten, sich jedoch eingestehen mussten, dass die vormaligen staatsbürgerlichen Tugenden nicht einfach über den Verordnungsweg erneut zu implementieren seien.

Bereichernd ist Biebrichers Darstellung besonders dort, wo es ihm gelingt, rhetorische Figuren zu isolieren, die vom Konservatismus von einst in den Rechtspopulismus von heute migrierten. So etwa bei der Debatte um den Umgang mit der NS-Vergangenheit, die nicht zuletzt durch die neue Rechtspartei im Bundestag und den Länderparlamenten wiederauflebt, und des mitunter recht unbeholfenen Umgangs mit den schon aus dem Historikerstreit geläufigen, doch nur vermeintlich naiven Forderungen nach einer *tabulosen Wahrheitssuche*. (S. 137) Wie wenig sich insbesondere Helmut Kohl in den achtziger Jahren scheute, Täter und Opfer des Nationalsozialismus in einen übergreifenden Zusammenhang zu rücken, zeigt Biebricher in aller Klarheit anhand der Bitburg-Affäre. Mit der Schilderung, wie sehr etwa die hessische CDU vor dem Wahlsieg Roland Kochs 1998 mit ihrem Kampf gegen den Doppelpass auf eine Kampagne setzte, die sich gegen die Nicht- und Neu-Staatsbürger unter der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung mit Migrationsbiographien richtete, erinnert Biebricher auch an das christlich-demokratische Herkunftsmilieu der heutigen AfD-Abgeordneten Alexander Gauland, Björn Höcke und Martin Hohmann.

Weniger überzeugt hingegen die Bedeutung, die der Autor den Jahren nach der Wende unterlegt. Mag es auch zutreffen, dass die (real)kommunistischen Feindbilder verblassten und *der Union im Laufe der 1990er-Jahre offensichtlich die radikal-roten Gegenentwürfe* (S. 155) ausgingen, fällt doch seine Erwägung zu kurz aus, ob in der Zeit nach 1990 eigentlich das konservative Insistieren auf *Eigenverantwortung* in der weitgehend entstaatlichten *Solidargemeinschaft* (S. 163) verschärft wurde, oder ob damit, wie Biebricher mit Corey Robin nahelegt, nicht eher eine grundlegende Veränderung einherging. Unklar bleibt nämlich, ob das geforderte Pflichtgefühl wirklich

weiterhin vor allem der Selbstoptimierung der als Marktteilnehmer imaginierten Bürger oder nicht auch oder sogar in Ablösung dessen zur Schaffung eines neuen nationalen Gemeinschaftsgeistes diene, wenn, wie Biebricher schreibt, der *Standortwettbewerb* nun den *Krieg sublimiert[e]* (S. 164).

Spätestens mit der einsetzenden Bankenrettungspolitik 2008/09 sieht Biebricher den Terrainverlust gegenüber dem Populismus einsetzen, schienen doch Verstaatlichungen bisher den Gottseibeius konservativen Denkens darzustellen. Zwar machte die anschließende Schuldenkrise der GIPS-Staaten noch die kurzzeitige Reaktivierung der geistig-moralischen Wende als, wie er Odo Marquard zitierend meint, *nachholende Moralisierung* möglich – vor allem im Feindbild von den „*faulen Griechen*“ (S. 248) als Zerstörern des marktwirtschaftlichen Systems. Doch vermochte dies am Ausstieg aus der finanzpolitischen Orthodoxie, die Biebricher sehr stark mit dem deutschen Konservatismus identifiziert, nichts zu ändern.

Einen womöglich noch stärkeren Einbruch in das konservative Denken stellte die sogenannte Flüchtlingskrise dar: *Für diejenigen, die nicht nur ein instrumentelles, sondern auch affektives Verhältnis zum Staat als Repräsentanten und Verkörperung der Nation haben, wurde hier nicht nur der Staat in seiner Autorität in Frage gestellt.* (S. 272) Die unterschiedlichen Moralen, die nach 2015 als Folge der vorübergehenden Öffnungspolitik aufeinanderstießen und nach landläufiger Meinung bis heute die gesellschaftliche Polarisierung beförderten, deutet Biebricher überzeugend im Rückgriff auf Arnold Gehlens *Moral und Hypermoral* (1969) als Gegensatz zwischen einer *Orientierung am universalistischen Kosmopolitismus* und dem Einstehen für *die partikulare Gemeinschaft und deren Staat* (S. 273). Nicht nur in diesem Zusammenhang weist der Autor auf die starke und dauerhafte Präsenz anthropologischer und ethologischer Entwürfe in konservativen Denken hin (der hierzu öfters herangezogene Autor heißt allerdings Eibl-Eibesfeldt), die nicht zuletzt aus Anlass der jüngeren Migrationsgeschichte der Bundesrepublik als Grundlage für die Phantasien von einer ‚Überfremdung‘ und ‚Flüchtlingsinvasion‘ zu diskutieren wären.

Im Fazit unterscheidet Biebricher durchaus plausibel zwischen einem *prozeduralen* Konservatismus, in dem er bei der Bankenrettung, beim Atomausstieg und ähnlichen Umbrüchen im Gedankengut der Unionsparteien *ein solides Management der Krisen*

und Verwerfungen einer scheinbar aus den Fugen geratenen Welt verbürgt (S. 293) sieht, und einem *substanziell-inhaltlichen*, welcher seine Bastionen geräumt und an den Rechtspopulismus verkauft habe. Wird in der Einleitung noch angekündigt, den aktuellen Deutungskämpfen von AfD und Union um die Frage, was heute noch als konservativ zu gelten habe, auf die Spur zu kommen, so werden die Rekurse auf konservatives Gedankengut aus dem intellektuellen Umfeld der erstgenannten Partei, die ich hier versucht habe ein wenig hervorzukehren, allerdings zu wenig wahrgenommen. Damit erweckt Biebricher den falschen Eindruck, der Konservatismus sei insgesamt beim liberalen Verfassungsstaat angekommen und habe sich, wenn schon nicht aufgelöst, doch zumindest seiner antidemokratischen Wurzeln entledigt.

Martin G. Maier wurde mit einer Arbeit zum Konservatismus in Deutschland nach 1968 promoviert und arbeitet derzeit an einer Studie zum Faschismusbegriff als historischer Wissenskategorie.